

Hans Krag

Kohle und Kirchen

Anmerkungen zur Energiepolitik in Brandenburg

Dr. Hans Krag ist Mitglied im Vorstand des Förderkreises Alte Kirchen Berlin-Brandenburg e.V.



Das Dorf Atterwasch (SPN) – noch eine Idylle, Foto: Christian Huschga

Kirchen und Energiepolitik als Thema – passt das zusammen? Durchaus, denn es ist die Energiepolitik, die den Braunkohletagebau in der Lausitz antreibt, und dieser wiederum erfordert den Abriss von Dörfern mit ihren Kirchen, wie zum Beispiel in Atterwasch, Kerkwitz und Grabko – sagen die Verantwortlichen. Diese Notwendigkeit soll nachfolgend kritisch analysiert werden. Bei der Anfertigung dieser Untersuchung stellte sich bald heraus, dass der Öffentlichkeit wichtige Daten zur Beurteilung der Situation einfach nicht zur Verfügung stehen. Der Analyst ist daher teilweise auf Annahmen und Vermutungen angewiesen, um seine Aussagen zu stützen. Das Studium einschlägiger Literatur sowie Gespräche mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltschutz und Politik geben diesen Annahmen jedoch jenen Grad an Wahrscheinlichkeit, der für eine seriöse Analyse benötigt wird. Es würde zu viel Platz erfordern, alle Informationen, die in diesem Artikel verarbeitet wurden, mit Quellenangabe zu zitieren. Interessierte Leser können eine Liste der verwendeten Literatur und der Gesprächspartner beim Förderkreis Alte Kirchen anfordern. In einer freien Gesellschaft soll jeder nach seiner Fassung glücklich werden. Es gibt

aber Situationen, in denen ein übergeordnetes Gut, nämlich das Allgemeinwohl, die Freiheit Einzelner oder einer Minderheit einschränken kann. Den Überblick darüber, wann das notwendig ist, sollte die von der Gesellschaft gewählte Regierung haben; sie sollte das Zusammenleben der Menschen und die Lebensumstände optimieren. So die Theorie. Bei der Versorgung mit Energie zum Beispiel kann die Regierung nicht selbst handeln, sondern muss auf die private Wirtschaft zurückgreifen, der sie einen gesetzlichen Rahmen für ihr Handeln setzt. Das Interesse der Industrie ist aber zunächst einmal nicht auf die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung gerichtet, sondern auf eine möglichst hohe Gewinnerzielung. So die Praxis. Als Komplikation kommt noch hinzu, dass Politiker nur für eine Wahlperiode gewählt sind; bei der Ausübung ihres Mandates haben sie neben ihrem Auftrag als Volksvertreter immer noch die eigene Karriere im Blick, sprich: die Wiederwahl im eigenen Wahlkreis. Das ist das Ausgangsszenario, in dem gesellschaftliche Konflikte vorprogrammiert sind.

1991 schaltete sich der damalige Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) in den „Kampf um Horno“ ein, ein Dorf in der Lausitz, das bereits 1977 zur Ab-

baggerung für den Braunkohletagebau vorgesehen war. Er versprach, dass dies das letzte Dorf sei, das dem Tagebau weichen müsse. Seit 2004 ist Horno verschwunden. Die Bewohner anderer Dörfer im Braunkohlegebiet atmeten auf. Jedoch: „Welkes Laub und Fürstenwort weht der erste Wind mit fort!“

Manfred Stolpe führte zu dieser Zeit eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen; ab 1994 wurde es eine Große Koalition aus SPD und CDU, die Matthias Platzeck ab 2002 übernahm. Seit 2009 regieren SPD und Linke. Somit sind oder waren alle Parteien in die Energiepolitik des Landes eingebunden.

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall wurde mit der Weiterführung des Braunkohleabbaus in der Lausitz beauftragt; und die Konditionen dafür waren attraktiv. Jetzt steht der Ersatz des Braunkohlekraftwerkes Jämschwalde an, dessen Laufzeit noch bis ca. 2020 reicht. Ein neues Kohlekraftwerk würde wieder ca. 40 Jahre lang laufen. Es würde seinen Kohlebedarf aus dem neu zu erschließenden Abbaufeld Jämschwalde-Nord mit den oben erwähnten Dörfern decken. Aber ist das wirklich der beste Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung? Diese Frage soll anhand der von der Landesregie-



Die Dorfkirche von Wolkenberg 1992, kurz vor ihrer Devastierung; Foto: Bernd Janowski

Am 28. August 2012 formulierten „Energierategie 2030“ untersucht werden. Diese Strategie umfasst das Zielviereck „Umwelt-/Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Akzeptanz und Beteiligung der Öffentlichkeit“.

Im Koalitionsvertrag vom 5. November 2009 vereinbarten die Regierungsparteien Brandenburgs, bis 2020 den Kohlendioxid ausstoß (CO₂) im Land auf 40% gegenüber 1990 zu senken. 1990 wurden 91,2 Mio. t ausgestoßen, 2020 sollen es demnach ca. 36 Mio. t sein. In der „Energierategie 2030“ wurde nun ein Ziel von 22,8 Mio. t „fest“ geschrieben, inzwischen aber auf 25 Mio. t abgeschwächt. Zurzeit werden ca. 50 Mio. t ausgestoßen, wovon 24 Mio. t auf das Kraftwerk Jänschwalde entfallen und auf das Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ ungefähr 12 Mio. t. Das gesetzte Klimaziel ist also mit einem Ersatz des Kraftwerkes Jänschwalde durch ein neues Kohlekraftwerk nicht zu erreichen. Nun hat man überlegt, die CO₂-Emissionen zu minimieren, indem man das beim Verbrennungsprozess freigesetzte Gas in den Boden verpresst („Carbon Capture and Storage“-CCS). Diese Technologie ist aber noch nicht ausgereift, weshalb die deutschen Bundesländer sie ablehnen. Außerdem ist das CO₂ durch die Verpressung ja nicht verschwunden. Wo immer man es hin verfrachtet, es ist latent überall gefährlich für unser Klima: eine unvorhersehbare Bodenbewegung, ein Unfall – und es kommt wieder an die Oberfläche. Sowohl der Brandenburgische Landtag als auch der Kraftwerksbetreiber Vattenfall haben erklärt, neue Braunkohlekraftwerke nur zuzulassen, wenn die CCS-Technologie angewandt werden kann. Ver-

fehlung des gesetzten Klimaziels und Nichtzulassung der CCS-Technologie verbieten also den Bau eines neuen Kohlekraftwerks, womit die Erweiterung des Kohlefeldes Jänschwalde-Nord zur Belieferung dieses Kraftwerks entfallen kann.

Was die Versorgungssicherheit betrifft, so wird suggeriert, dass Brandenburg über seine Braunkohle seine Energieversorgung sichern kann. Jedoch gehört der hier aus der Braunkohle erzeugte Strom nicht Brandenburg, sondern wird in das allgemeine deutsche Netz eingespeist, aus dem sich jeder zu einem an der Leipziger Strombörse festgestellten Preis zusätzlich verschiedener Aufschläge bedient. Es gibt weder Kontingente noch Sonderpreise für die Erzeugerländer. Brandenburg produziert bereits Überschüsse und „exportiert“ bedeutende Mengen Strom in andere Bundesländer, wobei das dabei freiwerdende CO₂ ein hiesiges Problem bleibt. Im Jahre 2010 basierte 44% der deutschen Stromerzeugung auf einheimischen konventionellen Rohstoffen – davon 18% aus brandenburgischen Tagebauen. Das zeigt, wie wichtig der brandenburgische Beitrag zur deutschen Energieversorgung ist. Allerdings könnte rein rechnerisch Brandenburg selbst im Jahre 2030 seinen Strombedarf und den Berlins allein aus erneuerbaren Energien decken. Bereits heute machen die „Erneuerbaren“ 78% der brandenburgischen Stromversorgung aus, wenn die Wetterbedingungen (Sonne, Wind) es erlauben. Selbst bei Abschaltung des Kohlekraftwerkes Jänschwalde könnte Brandenburg unter diesen Umständen immer noch Strom exportieren, denn das Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ bliebe ja zur Sicherheit (bei schlechten

Wetterbedingungen) in Betrieb. Die Versorgung bleibt also gesichert. Man hat sich bisher nur auf die Braunkohlelieferwertung konzentriert, weil dieser Rohstoff hier vorhanden ist. Es hat wohl auch niemand die Mindestkapazität für fossile Energie berechnet, die zur Sicherheit notwendig wäre. Man rechnet einfach mit 100%, was sicher übertrieben und zu teuer ist. Nun sollten die bisher vernachlässigte Alternative von Erdgaskraftwerken geprüft, ein noch höherer Nutzungsanteil von erneuerbaren Energien und ihrer Speichermöglichkeit gefördert und ein Stromnetz mit größeren Kapazitäten geschaffen werden.

Die Wirtschaftlichkeit der Stromgewinnung ist für das arme Land Brandenburg ein sehr wichtiger Faktor. Braunkohle ist reichlich vorhanden und der billigste fossile Rohstoff für die Verstromung. Allerdings auch mit Abstand der schmutzigste und mit einer sehr geringen Effizienz von ca. 40%. Erdgas hat eine Effizienz von über 70% und setzt bei seiner Verbrennung nur wenig klimaschädliches Gas frei. Nach obiger Erkenntnis wäre auch der Bau eines Erdgaskraftwerkes statt eines neuen Braunkohlekraftwerkes für die „Versorgungssicherheit“ nicht notwendig. Falls man aber doch ein „Sicherheitsnetz“ unter die „Erneuerbaren“ ziehen möchte, bietet sich Erdgas an. Würde man ein auf Erdgas basierendes Kraftwerk bauen, so würde dieses nur 2,3 Mio. t CO₂ (gegenüber 24 Mio. t bei Kohle) produzieren, und es wäre sehr viel flexibler im Hinblick auf den Ausgleich einer ungleichmäßigen Auslastung des Stromnetzes, wie sie bei der Einspeisung erneuerbarer Energien (Wind, Sonne) entsteht. Die Investition in ein Gaskraftwerk beträgt bei glei-



Ist es das, was bleibt? Gedenkstein für abgebaggerte Dörfer, Foto: Hans Krag

cher Leistung ungefähr die Hälfte eines Braunkohlekraftwerks und die Betriebskosten sind etwas günstiger. Jedoch kostet Erdgas gut sechs Mal mehr als Braunkohle, und es muss größtenteils aus dem Ausland importiert werden, was Abhängigkeiten schafft. Dafür verursacht es keine Neben- und Nachfolgekosten (wie z.B. Umsiedlungen, Renaturierung, Entschädigungen aller Art), man hat keine Förder- oder Wasserentnahmeabgaben und kann auch an Verschmutzungszertifikaten sparen. Es ist merkwürdig, dass bisher keine Effizienzvergleichsrechnungen veröffentlicht wurden.

Sowohl Vattenfall wie auch die Landesregierung behaupten, die Braunkohle würde subventionsfrei verstromt; jedoch hat das Land auf die üblichen Abgaben verzichtet, was einer Subvention gleichkommt. Derartige Subventionen prämiieren umweltschädliches Verhalten und unterdrücken die Notwendigkeit, umweltfreundlich zu arbeiten. Aus der Subventionierung muss man schließen, dass die Braunkohleverstromung eigentlich ein Verlustgeschäft ist. Würde man also alle echten Kosten der Braunkohleverstromung nach dem Verursacherprinzip zuordnen (auch dafür fehlen uns die Daten), wäre sie wohl nicht mehr wirtschaftlich. Früher gab es einfach keine wirtschaftliche Alternative – heute ist das anders. Der Preis für Strom aus erneuerbaren Energien wird bei weiterer Verbreitung dieser Energieformen (Wind, Sonne, Biomasse, Wasser) mittelfristig sinken. Gleichzeitig wird auch der Braunkohleverbrauch sinken, was diesen fossilen Brennstoff, wie auch der Wegfall von Subventionen, relativ verteuern würde. Aufgabe der Landesregierung ist es, die Verstromung von

Braunkohle überflüssig zu machen und verstärkt andere Formen der Energieumwandlung zu fördern, die ab 2020 oder 2030 auf jeden Fall wirtschaftlich sein sollten. Das Land Brandenburg ist zurzeit noch führend im Einsatz erneuerbarer Energien und hat kürzlich dafür den „Leitstern“ der Agentur für erneuerbare Energien erhalten. Diese Auszeichnung stützt sich zu einem gewichtigen Teil auf die politischen Vorgaben der Landesregierung, hier zum Beispiel auf die „Energierategie 2030“ mit dem oben zitierten Zielviereck. Diese Strategie wird aber bei weitem nicht so energisch umgesetzt, wie es der verkündete politische Wille vermuten lässt: Hier holen die anderen Bundesländer schnell auf.

Der vierte Faktor des Zielvierecks ist die „Akzeptanz und Beteiligung der Öffentlichkeit“. Ein weites Feld von A, wie Arbeitsplätze, bis Z, wie Zerstörung von Landschaft und Lebensgrundlagen. Das Unternehmen Vattenfall beschäftigt in der Brandenburgischen Lausitz ca. 6000 Personen, davon ca. 4000 im Tagebau. Im Jahr 2030 werden nur noch ca. 2000 Menschen im Tagebau beschäftigt sein – einmal wegen Rationalisierung, zum anderen aber auch

wegen des sinkenden Braunkohlebedarfs. Gleichzeitig wird die Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien von heute ca. 10.000 bis 2030 auf gut 12.000 Arbeitsplätze steigen, also den Verlust im Tagebau wettmachen. Bei ohnehin sinkender Bevölkerungszahl und einer gemischten Altersverteilung muss es möglich sein, in diesem Zeitraum die Beschäftigungsstruktur sozial verträglich zu managen. Vattenfall behält seine Zentrale in der Lausitz und die Kraftwerksstandorte bleiben auch die Zentren für die Verteilung von Energie in Stromnetze, die sie jetzt schon sind, auch wenn der Strom aus anderen Quellen kommt. Die Arbeitsplätze werden sich zum Teil in ihrem Charakter verändern, die Arbeit insgesamt wird aber nicht weniger werden. Hier sollte sich die Einsicht durchsetzen, dass man eine dauerhafte, zukunftssträchtige Arbeit gegen Auslaufmodelle eintauscht. Eventuelle Gewerkschaftsproteste betreffen nicht das Wohl der Bevölkerung, sondern den Verlust an Bedeutung durch die Umorientierung der Mitglieder.

2015 soll die endgültige Entscheidung des Landes Brandenburg über die Ausweitung des Tagebaus Jämschwalde-

Anzeigen

LANDPENSION »ADEBAR«
IM STORCHENDORF LINUM

Katrin Stahl
Hauener Str. 25
16833 Fahrbellin OT Linum
Telefon: +49 33922 90287
Telefax: +49 33922 90631
www.landpension-adebar.de – E-Mail: ferien@landpension-adebar.de

Christian-Schreiber-Haus
Jugendbildungsstätte des
Erzbistums Berlin

Moderne Gruppenunterkunft
am Peetzsee, 90 Betten.
Angebote & Preise auf Anfrage

Alt-Buchhorst, Feldweg 10
15537 Grünheide (Mark)
Tel. 03362-5831-0
www.christian-schreiber-haus.de

Nord fallen. Dieser Termin liegt nach den Wahlen von 2014. Wieso konnte die Firma Vattenfall aber bereits am 18. September 2007 ein Schreiben an die Bewohner der bedrohten Dörfer richten und die Abbaggerung ankündigen? Um die Leute zu verunsichern und zur vorzeitigen Abwanderung zu bringen, damit man später Entschädigungen spart? Das ist sicherlich nicht die „Beteiligung der Öffentlichkeit“, die im Zielviereck gemeint ist. Haben sich Land und Unternehmen etwa längst abgestimmt? Das Land lässt sich bei der Vorbereitung seiner Entscheidung von einem Gremium eigener Fachleute, Wissenschaftlern, aber auch Vertretern von Vattenfall beraten. Die letzte Entscheidung ist laut Wirtschaftsminister Christoffers aber eine politische und zurzeit in keiner Weise vorbestimmt.

In der „Clausthal-Studie“ zum Braunkohleabbau in Brandenburg, 2007 im Auftrag des Landes erstellt, werden drei Alternativen für die Abbauflächen untersucht: 1. 100% der vorgesehenen Flächen, 2. die Flächen unter Ausschluss der drei betroffenen Dörfer, und 3. die Flächen unter Ausschluss der Dörfer und Naturschutzgebiete. Es ist dabei denkbar, dass die Alternative 2 profitabler ist als 1. Wenn man zum Beispiel 70% der vorgesehenen Flächen abbaut, wobei die am Flächenrand gelegenen Dörfer ausgespart werden, müsste das doch kostengünstiger sein, als 100%, die mit Abriss-, Um-

siedlungs- und Entschädigungskosten verbunden sind. Angesichts der Tatsache, dass der zusätzliche Abbau nicht mehr notwendig ist, ist es verwunderlich, dass eine derartige Rechnung bisher nicht vorgenommen wurde.

Zusammenfassend können wir sagen, dass die im „Zielviereck“ beschlossene „Energiestrategie 2030“ des Landes Brandenburg unglaublich wird, sollte der Braunkohletagebau Jämschwalde-Nord umgesetzt und das Kohlekraftwerk dort durch ein weiteres Kohlekraftwerk ersetzt werden: 1) Die angestrebte CO₂ - Reduzierung würde bei weitem nicht erreicht, oder hofft man, CCS doch noch durchsetzen zu können? 2) Die Versorgungssicherheit wird dadurch nicht gefährdet, denn die „Erneuerbaren“ reichen im Zusammenspiel mit der Sicherheitskapazität bei den „Fossilen“ schon heute aus. 3) Eine zusehends unwirtschaftliche Energiegewinnung durch Braunkohle würde subventioniert und die Einführung von „Erneuerbaren“ gebremst statt gefördert. 4) Umsiedlung, Landschaftszerstörung und Umweltverschmutzung treffen nicht auf die Akzeptanz der Öffentlichkeit. Die Alternativen sind da, und sie können bis 2030 wirtschaftlich sein.

Es scheint, dass die Verantwortlichen ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht haben und den Dörfern eventuell ein Abriss auf Verdacht droht. Warum geht man nicht auf die vielen

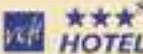
seriösen wirtschaftlichen und technischen Studien ein, die die Notwendigkeit einer Tagebauerweiterung verneinen? Muss die Entscheidung wirklich erst 2015 fallen, oder will man nur verzögern, um dann die Alternativen zur Braunkohle „aus Zeitgründen“ zu verwerfen? Zurzeit ist Vattenfall Monopolist bei der Braunkohleförderung und -verstromung in der Region. Das Unternehmen kontrolliert die Wertschöpfungskette und wird davon gut profitieren. Die „Erneuerbaren“ werden dagegen dezentral aus verschiedenen Quellen gewonnen und reduzieren das Geschäft des Monopolisten. Sind vielleicht Profitgier einerseits und Angst vor Gesichtsverlust andererseits ein Grund? Man sollte die Prüfungen und Berechnungen baldmöglichst durchführen und die Öffentlichkeit unterrichten, damit die betroffenen Menschen endlich wieder Sicherheit über ihre Zukunft haben. Eine Rettung der Dörfer bedeutet auch eine Rettung des kulturellen Erbes, also auch der Dorfkirchen und eine Bewahrung der Heimat für Hunderte Menschen.

Mit dem Abriss von Kirchen zwecks Bereicherung Weniger reißt man auch die christlichen Werte ein, die mit der Kirche verbunden sind, und auf denen das Zusammenleben unserer Gesellschaft beruht. Vornehmste Aufgabe einer Regierung ist es, sich um das Wohl dieser Gesellschaft zu kümmern. Nur dafür wurde sie gewählt.

Anzeige

Ausgezeichnet mit dem Gütesiegel "ServiceQualität Brandenburg" Stufe III





HAUS CHORIN

Immenstube & Alte Klosterschänke

Neue Klosterallee 10
16230 Chorin

Tel. 033366 500 • Fax 033366 326
www.chorin.de • hotel@chorin.de



Für Leckermäuler - Wohlfühltag in Chorin

2 Übernachtungen inkl. Frühstücksbüfett • 1 x Begrüßungsgetränk
1 x Candle-Light-Dinner im Hotelrestaurant
1 x Honig-Schlemmer-Menü in der "Immenstube"

freie Nutzung des Sauna- und Fitnessbereiches • Transfer vom/zum Bahnhof Chorin
gültig vom 01.05. bis 31.10.2013 (außer Pfingsten)

Preis pro Person ab 120 Euro

Erkunden Sie das Kloster Chorin und die offenen Kirchen in der Schorfheide